

Flüchtlingstragödie auf dem Mittelmeer

Zwischen Afrika und Europa

Das Entsetzen ist groß, der Schock sitzt tief – auch im Plenum des Deutschen Bundestages. Die Abgeordneten ringen um Worte als sie am Mittwoch über die furchtbare Flüchtlingskatastrophe vom Mittelmeer debattieren. Doch eines wird klar: „Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden“, forderte Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Foto: picture alliance/dpa

900 Menschen verloren am vergangenen Wochenende ihr Leben, als ein Flüchtlingsboot vor den Toren Europas kenterte. „Deutschland, die EU, wir alle wollen angesichts dieser Ereignisse nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, machte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière deutlich. Man müsse nun gemeinsam europäisch handeln, nach Lösungen suchen und Antworten finden. Dabei ist ein Dreiklang nötig: Menschen retten, Fluchtursachen bekämpfen und Schleuserbanden das Handwerk legen. Am Donnerstag haben die Staats- und Regierungschefs in Brüssel eine Verdreifachung der Mittel für die Seenotrettung beschlossen. Zudem könnte die deutsche Marine eingesetzt werden.

„Es ist richtig, dass sich Europa nicht abschotten darf. Es ist aber genauso richtig, dass Europa nicht jeden aus Afrika aufnehmen kann“, unterstrich de Maizière. Dies gefährde in erster Linie die Zukunft Afrikas selbst. Denn es

sind vor allem die Eliten, die den Kontinent verlassen. Daran jedoch dürfte auch Afrika kein Interesse haben. Hans-Peter Friedrich schlug deshalb vor, für Fluchtalternativen innerhalb Afrikas zu sorgen. Zudem sei es nötig, außerhalb Europas Anlaufstellen zu schaffen, um Asylanträge zu prüfen, so Friedrich. Auch dies sei ein Weg den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk zu legen. Diese betreiben mit den Flüchtlingen ein schmutziges Geschäft, schleusen sie in maroden Booten gen Europa. Bis zu fünf Milliarden Dollar sollen die Schlepper pro Jahr auf dem Mittelmeer verdienen.

Innerhalb Europas müsse man derweil solidarisch handeln, die Flüchtlinge zwischen den Staaten gerechter verteilen. Von den 630.000 Asylanträgen in Europa wurden im vergangenen Jahr mehr als 200.000 in Deutschland gestellt. „Das bedeutet, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Dass wir das gemeinsam tun, darauf hoffe ich“, stellte Friedrich zum Schluss klar.

Gemeinsame Verantwortung



Liebe Leserinnen und Leser,

die Nachrichten und Bilder von Menschen, die beim Versuch, das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren, ums Leben gekommen sind, haben uns alle tief erschüttert.

Für uns ist klar, dass wir hier gemeinsam mit unseren europäischen Partnern helfen müssen, so schnell und so gut es geht. Die Staats- und Regierungschefs der EU und die europäischen Innen- und Außenminister haben dazu in dieser Woche erste wichtige Beschlüsse gefasst. Die Rettungsbemühungen werden deutlich ausgeweitet, um kurzfristig weitere Tragödien so weit es geht zu verhindern. Künftig stehen erheblich mehr Mittel für den Einsatz im Mittelmeer zur Verfügung, auch das Einsatzgebiet wird weiter ausgedehnt. Außerdem soll die Verteilung der Flüchtlinge über die EU-Länder in einem Pilotprojekt besser und gerechter organisiert werden.

Ebenso klar ist für uns aber auch, dass wir mittelfristig gegen die kriminellen Machenschaften der Schlepperbanden vorgehen müssen, die aus dem Leid der Flüchtlinge in menschenverachtender Weise Kapital schlagen. Angesichts der unübersichtlichen Lage insbesondere in Libyen sind hier jedoch keine schnellen Lösungen zu erwarten.

Langfristig müssen wir uns verstärkt darum kümmern, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Hier müssen wir insbesondere auch die Regierungen einiger afrikanischer Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Entwicklungsminister Gerd Müller hat bereits Anfang 2014 eine Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ gestartet, mit der neue Perspektiven für Flüchtlinge geschaffen, Aufnahmegemeinden unterstützt und Maßnahmen zur Prävention und Deeskalation von Konflikten ergriffen werden. Gemeinsam arbeiten wir daran, unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen gerecht zu werden.



Alexander Radwan MdB

Im Interview: Stephan Mayer, Flüchtlingsbeauftragter der CSU-Landesgruppe

„Seenotrettung alleine wird nicht ausreichen“

Die Flüchtlingskatastrophe fordert viele Antworten auf dringende Fragen: Wie können solche Tragödien verhindert werden? Was ist nun zu tun? Die CSU-Landesgruppe hat einen eigenen Beauftragten bestimmt, um sich diesem Thema intensiver zu widmen. Stephan Mayer gibt Antworten – im Interview.

Was sind jetzt die wichtigsten Maßnahmen, um weitere Katastrophen zu verhindern?

Wir müssen alles tun, damit Menschen nicht auf dem Mittelmeer sterben. Mit Seenotrettung alleine werden wir dieses Ziel aber nicht erreichen. Es ist wichtig, dass künftig weniger Menschen die gefährliche Reise antreten. Dazu müssen wir den Schleppern mit allen Mitteln das Handwerk legen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsregionen verbessern.

Aber wie können diese Bedingungen so verbessert werden, dass die Menschen in Afrika eine Perspektive für ihr Leben sehen?

Die Bekämpfung der Fluchtursachen ist eine Herkulesaufgabe der Außen- und Entwicklungspolitik: Es geht um die Beseitigung von Armut und um die politische Stabilisierung ganzer Regionen. Die Situation in Syrien und



Foto: Henning Schacht

Stephan Mayer MdB ist auch innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Libyen zeigt, dass die Not dort am größten ist, wo Bürgerkrieg herrscht und staatliche Strukturen fehlen. In der Sub-Sahara Region steht hingegen die Armutsbekämpfung im Vordergrund. Wo immer möglich, muss deshalb die Kooperation mit den afrikanischen Staaten intensiviert werden.

Ein Punkt ist auch eine bessere Seenotrettung. Doch wie könnte diese funktionieren? Ist eine Neuaufgabe von Mare Nostrum nötig?

Der Aufwand für die Seenotrettung im Mittelmeer ist seit dem Ende von Mare Nostrum im Oktober 2014 gewachsen. Die Operationen Triton und Poseidon haben mehr Mittel zur Verfügung.

Das Mittelmeer sicher zu machen, wird jedoch mit keinem Aufwand der Welt möglich sein. Denn die Schlepperbanden haben sich auf die verbesserte Rettung eingestellt und nutzen Boote, die für die gesamte Überfahrt ohnehin nicht taugen. Eine Seenotrettung vollendet nur das Werk der Schlepper, denen es egal ist, ob ein Boot ankommt oder nicht.

Diskutiert wird darüber, Asylträge bereits vor Ort zu bearbeiten. Was halten Sie davon?

Die Entgegennahme von Asylträgen in den Fluchtländern ist kein Allheilmittel. Sicher würden sich die abgelehnten Asylbewerber trotzdem auf den Weg nach Europa machen.

Diese Woche

Flüchtlingstragödie auf dem Mittelmeer Zwischen Afrika und Europa	1
Im Interview: Stephan Mayer, Flüchtlingsbeauftragter der CSU-Landesgruppe „Seenotrettung alleine wird nicht ausreichen“	2
Im Gespräch mit Staatsministerin Aigner Stellschrauben für das Strommarktdesign	2
Klausurtagung der Koalitionsspitzen Göttingen Beschluss: Alleinerziehende entlasten	3
Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren Gedenken an die Opfer	3
Finanzielle Verbesserung Mehr Geld für Kinder	3
Wirtschaftsforum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Eine Revolution, die man gestalten muss“	4
Nachtragshaushalt Mehr Geld für die Infrastruktur	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Im Gespräch mit Staatsministerin Aigner

Stellschrauben für das Strommarktdesign

Sicher, sauber und bezahlbar. Diese Ziele verfolgt die Energiepolitik. Die bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Energie, Ilse Aigner, diskutierte mit der CSU-Landesgruppe die aktuellen Herausforderungen.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Energiewende stellt Verbraucher, Unternehmen und Politik vor große Aufgaben. Bei dem Gespräch mit der Landesgruppe lag der Fokus auf dem Strommarktdesign. Zentrale Fragen sind hier: Wie soll das zukünftige Marktdesign für den Stromsektor aussehen, um zuverlässig, umweltverträglich und kosteneffizient Energie für die Energieverbraucher bereitzustellen? Welche Stellschrauben sind die richtigen?

Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe und Staatsministerin Aigner waren sich einig: Die bayerische und deutsche Industrie braucht auch zukünftig Versorgungssicherheit. Der Austausch zeigte aber auch, dass vielschichtige Herausforderungen zu bewältigen sind. Internationale Versorgungsmöglichkeiten mit Gas, drohende Kapazitätslücken oder der europäische Energiebinnenmarkt wurden intensiv diskutiert.

Klausurtagung der Koalitionsspitzen Göttingen

Beschluss: Alleinerziehende entlasten

Die Forschung in Deutschland stärken, Alleinerziehende unterstützen und Kriminalität sowie Terrorismus bekämpfen. Das waren die Kernpunkte der Klausurtagung der Fraktionsvorstände der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktionen vergangene Woche in Göttingen.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Fraktionsführungen haben sich unter anderem auf eine steuerliche Entlastung der Alleinerziehenden verständigt. Für diese soll der Freibetrag angehoben werden: von 1.308 Euro auf 1.908 Euro monatlich. „CSU und CDU ist die Förderung von Alleinerziehenden schon lange ein wichtiges Anliegen. Die CSU hat sogar einen entsprechenden Parteitagebeschluss. Es freut mich deshalb, dass wir uns nun auf eine höhere Entlastung verständigen konnten. Das ist ein

wichtiges Signal für alle Alleinerziehenden“, erklärte Gerda Hasselfeldt im Anschluss an die Klausurtagung.

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe betonte jedoch auch, dass in der zweiten Hälfte die Innovationspolitik im Vordergrund stehen werde. Dazu fließen 400 Millionen Euro mehr pro Jahr in die Wissenschaftsforschung. Insgesamt fünf Papiere haben die Koalitionsspitzen in Göttingen beschlossen.

Finanzielle Verbesserung

Mehr Geld für Kinder

Ein ganzes Paket von finanziellen Verbesserungen für Familien hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten.

So wird, wie verfassungsrechtlich geboten, der steuerliche Kinderfreibetrag sowie der Grundfreibetrag erhöht werden, ebenso wird der Kinderzuschlag und das Kindergeld angehoben.

Letzteres soll dem Gesetzentwurf zufolge 2015 um vier Euro und 2016 um weitere zwei Euro pro Monat steigen. Damit werden auch Familien gefördert, auf die sich eine Erhöhung des Kinderfreibetrags nicht auswirkt.

Außerdem soll der Kinderzuschlag um 20 Euro auf monatlich 160 Euro angehoben werden. Dies gilt ab dem 1. Juli 2016. Davon profitieren vor allem Familien mit niedrigem Einkommen – laut Bundesregierung betrifft dies rund 200.000 Familien in Deutschland.

Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren

Gedenken an die Opfer

Der Deutsche Bundestag hat sich am Freitag vor den Opfern der Vertreibungen und Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren verneigt. Die Koalitionsfraktionen beklagen in einem Antrag die Taten der damaligen türkischen Regierung, sie bedauern aber auch die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches.



Gedenkstätte in Eriwan/Armenien

Foto: picture alliance/dpa

Am 24. April 1915 begann die Vertreibung und Vernichtung von über einer Millionen Armeniern im osmanischen Konstantinopel. „Ihr Schicksal steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert so schrecklich gezeichnet ist“, heißt es in dem Antrag. Die Koalition verständigte sich bewusst darauf, den Begriff des Völkermords zu verwenden. Man wisse jedoch

um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland die Schuld und Verantwortung trage.

Der Bundestag hat mit dem Antrag, der nun in den Ausschüssen beraten wird, die Bundesregierung aufgefordert, die türkische Seite zu ermutigen, sich mit den damaligen Ereignissen auseinanderzusetzen, um so den notwendigen Grundstein zu einer Versöhnung mit dem armenischen Volk zu legen.

+++ kurz notiert +++

Über Sparer und Soldaten

Kleinanlegerschutzgesetz beschlossen: Durch das Gesetz sollen die Transparenz von Finanzprodukten und Informationen über Vermögensanlagen verbessert werden. Dadurch wird es Anlegern möglich, die Seriosität, Renditeaussichten und die Risiken der Geldanlage besser abschätzen zu können. Das Vertrauen in die in Deutschland angebotenen Produkte wird somit gestärkt.

Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten: Die Ausrüstung und Ausstattung der Soldaten der Bundeswehr wurde verbessert, dennoch gibt es weiterhin Defizite, die beseitigt werden müssen. Dies hält der Wehrbericht 2014 fest. Zu einem positiven Ergebnis kommt der Bericht bei der Betreuung von Soldatinnen und Soldaten, die von Einsätzen zurückkehren. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist Thema in dem Bericht. Hier gibt es vor allem bei der Kindertagesbetreuung Nachholbedarf.

Wirtschaftsforum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Eine Revolution, die man gestalten muss“

Investitionsklima, TTIP, Erbschaftsteuerreform und vor allem die Industrie 4.0 – beim Wirtschaftsforum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion standen die Gegenwart und Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Mittelpunkt. Gerade die Digitalisierung werde enorme Veränderungen mit sich bringen. Dies müsse man als Chance begreifen, forderte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bei der Podiumsdiskussion.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/

Industrie und Wirtschaft 4.0 seien gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Zukunft, „eine Revolution, die man gestalten muss“, so Gerda Hasselfeldt. Im Gespräch mit den Spitzen der deutschen Wirtschaftsverbände diskutierten deshalb Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, sowie Hasselfeldt die künftigen He-

erausforderungen. Investitionen in die digitale Infrastruktur und den Breitbandausbau seien dabei von besonderer Bedeutung, stellten alle Diskussionsteilnehmer einhellig fest. Denn der Breitbandausbau sei die Voraussetzung für die Digitalisierung und die Wirtschaft 4.0. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel machte

deutlich: „Big Data in Deutschland ist eine große Zukunftsentscheidung.“ Max Straubinger, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, betonte in seinem Schlusswort, dass CSU und CDU bei allen Themen gemeinsam für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands eintreten werden.

Personalien

Iris Eberl neu im Bundestag



Iris Eberl

Foto: Fotostudio Wessely

Personalwechsel in der CSU-Landesgruppe: Dr. Peter Gauweiler hat Ende März sein Bundestagsmandat niedergelegt. Für ihn rückt Iris Eberl neu ins Parlament ein. Die 56-Jährige ist Kreisvorsitzende der Frauen-Union in Aichach-Friedberg und Oberstudienrätin. „Meine langjährige berufliche Erfahrung im gymnasialen Lehrberuf hat mich davon überzeugt, dass unsere Kinder und Jugendlichen eine viel

stärkere Lobby innerhalb unserer Gesellschaft brauchen. Ich sehe es als meine Aufgabe, in diesem Sinne meine ordentliche Mitgliedschaft im Europaausschuss zu nutzen“, sagte Iris Eberl bei ihrem Amtsantritt. Ihr besonderes Interesse gelte selbstverständlich den Anliegen der Bürger ihrer Heimat. Im Petitionsausschuss möchte sie sich daher intensiv um die Probleme vor Ort kümmern. Eberl ist verheiratet und hat zwei Söhne. Zur Bundestagswahl 2013 trat sie auf Platz 41 der Landesliste an und verpasste damals den Einzug in den Bundestag.

Nachtragshaushalt

Mehr Geld für die Infrastruktur



Foto: picture alliance/chromorange

Das Zehn-Milliarden-Euro-Investitionspaket kommt. Am Donnerstag hat der Bundestag in erster Lesung über einen Nachtragshaushalt 2015 beraten und so den Weg für die Investitionsoffensive in den Jahren 2016 bis 2018 freigemacht.

Insbesondere die Verkehrs- und digitale Infrastruktur soll durch dieses Programm gestärkt werden. Allein dafür werden 4,35 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. Es gehe darum, Deutschland zukunftsfest zu machen. „Der Nachtragshaushalt 2015 ist auch ein Haushalt, der unsere Kommunen stärkt“, unterstrich Bartholomäus Kalb, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Ein Fonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro wird zur Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen gebildet. Außerdem werden die Kommunen und Länder in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 500 Millionen Euro bei den Kosten für Asylbewerber entlastet.